

Gert Weisskirchen

Die OSZE-Antisemitismuskonferenz in Berlin¹

Mitten unter uns geschieht es. In den drückenden Tagen des heißen Sommers, im Jahr 2003, in Berlin, Reinickendorf. Die Schaufenster des Lebensmittelgeschäfts „Israel-Deli“ werden zertrümmert, nicht nur einmal. Jugendliche spucken Gästen ins Essen. Neonazis beschimpfen den Besitzer als „Judensau“, zerstechen die Reifen seines Autos. Nächte der Angst. Der Besitzer quält sich. Die Anwohner der Straße sind anfangs auf seiner Seite. Mehr und mehr aber, nachdem auch sie eingeschüchtert werden, verstummen sie. Der Besitzer sieht keinen Ausweg mehr, resigniert, schließt seinen Laden.

Hatten wir nicht gehofft, es wäre uns gelungen, den Antisemitismus wegzusperren, zu versiegeln, ihn unschädlich zu machen? Nun zeigt der Wiedergänger seine böse Fratze. Nach all dem Furchtbaren, was der Hass auf die Juden ausgelöst hat: Wie kommt es nur, dass er wieder eindringen kann in Köpfe und ihre Fähigkeit zu denken zerstört? Wissen wir nicht mehr, wie er sich breit zu machen versucht? Warum nur haben wir vergessen? Er kommt wie der Mörder in der Nacht. Er fällt die Gefühle an. Er vergiftet sie. Das Gewissen siecht dahin, am Ende zerfällt es.

Antisemitismus – eine soziale Krankheit, so hieß das Buch, das Theodor W. Adorno und Max Horkheimer 1946 veröffentlichten. Ernst Simmel leitete es ein: „Der Antisemit hasst den Juden, weil er glaubt, dass der Jude an seinem Unglück schuld ist. Er verfolgt den Juden, weil er sich von ihm verfolgt fühlt.“ „Die gewaltigste Energie“, schreibt Simmel, „die die Zivilisation mit Zerstörung bedroht“, liegt „im Inneren des Menschen.“ Wird sie nicht eingedämmt, höhlt sie die Regeln des menschlichen Zusammenlebens von innen aus. So zerstört sie die Demokratie. Die Diktatur der Gewalt triumphiert. Hitler hat in den Namen Deutschlands die Shoa eingebrannt, bis ans Ende aller Tage. Und heute? Heute richtet sich der Antisemitismus nicht mehr allein gegen Juden als Individuen. Mortimer Zuckerman, Sonderbotschafter Clintons für den Nahen Osten, schreibt im *US News and World Report* im November 2003 in seinem Artikel „Graffiti auf den Wänden der Geschichte“: Israel „taucht heute als der kollektive Jude unter den Nationen auf“. Im *Guardian*, *Observer*, *New Statesman*, im *Nouvel Observateur*, in *La Stampa* und *L'Osservatore Romano* – überall in Europa findet Zuckerman antisemitischen Journalismus. Mikis Theodorakis hat jüngst erklärt, die Juden seien an allem schuld. „Ich kann nichts Historisches denken, ohne Auschwitz mit zu denken“, hat Rolf Hochhuth einmal gesagt. Diese Erkenntnis darf nicht verloren gehen. Wo Juden bedroht werden, ist keine andere Minderheit sicher.

¹ Der Autor dankt Arie Rabfogel für die aktive Zuarbeit zu diesem Beitrag.

Antisemitismus heute

Im OSZE-Raum sind die traditionsreichen Demokratien des Westens zu beiden Seiten des Atlantik versammelt. Sie binden gelingende neue Demokratien an sich, die nach dem Ende des Warschauer Paktes ihre Souveränität wiedererlangen konnten. Beide Staatengruppen eröffnen darüber hinaus solchen aus dem Zerfall der Sowjetunion neu entstandenen Staaten eine Chance, deren demokratischer Charakter noch prekär ist, zuweilen Defekte aufweist oder gar retardierende Momente.

Antisemitismus ist in allen Teilnehmerstaaten der OSZE präsent. In unterschiedlicher Färbung, Intensität, Aggressivität und gesellschaftlicher Wirksamkeit setzt er sich fest. Längst haben antisemitische Akteure sich globalisiert und nutzen die neuesten Kommunikationstechniken. Immer aber dominiert in allen Formen des neuen alten Antisemitismus eine Grundform: die Behauptung der jüdischen Weltverschwörung. Juden kontrollierten, heißt es, die Finanzströme, steuerten die Medienmacht, flüsterten den politisch Führenden ein und lenkten das Weltgeschehen. Diese Grundform des Antisemitismus „erklärt“ weit auseinander liegende Ereignisse und Entwicklungen. Mit der Leugnung des Holocaust soll der Kampf um das Geschichtsbild gewonnen und die historische Opferrolle ins Gegenteil verkehrt werden. Die „Auschwitz-Lüge“ soll dem Existenzrecht des jüdischen Staates Israel die Basis entziehen. An dieser Stelle wird die Bruchlinie deutlich, die den alten Rechtsextremismus mit dem neuen Islamismus verbindet. Der „arabische Antizionismus“ fällt dort auf einen Resonanzboden, wo global organisierte Kommunikationstechniken die Gedankenwelt junger Muslime weltweit zu kolonisieren versuchen. Ein strategisches Zwischenstück bildet der Teil der politischen Linken, der sich, zumeist naiv, an die Seite des palästinensischen „Freiheitskampfes“ stellt. Der „neue“ Antisemitismus saugt kritische Einstellungen gegenüber Israel auf und versucht sie mehrheitsfähig zu machen. Heraus kommt der alte Antisemitismus: der Hass auf jüdisches Leben.

Um drei Typen des neuen alten Antisemitismus gruppieren sich seine gegenwärtig virulenten Erscheinungsformen: um den Antijudaismus, den jüngeren Antisemitismus und den Antizionismus.

1. Der Antijudaismus verbreitet die Lüge ritueller Morde, die Juden von christlichen Ideologen unterstellt wurden. Dabei wird auf die „Protokolle der Weisen von Zion“ angespielt und behauptet, das Judentum wolle die Weltherrschaft erobern.
2. Der jüngere Antisemitismus gipfelte in der Nazi-Diktatur, die alle Juden und alles Jüdische zu exterminieren suchte und in der Ungeheuerlichkeit des fabrikmäßig organisierten Völkermords endete.
3. Der Antizionismus nährt sich aus dem Konflikt zwischen Israel und Palästina. Falsch verstandene Solidarität mit den „Schwächeren“ und maßlose Kritik an den „Stärkeren“ fordern Juden im OSZE-Raum zur

Parteinahme heraus und können Potenziale von Vorurteilen ihnen gegenüber befördern.

Alle drei Formen des Judenhasses, die traditionelle, deren Bedeutung gesunken ist, die im 20. Jahrhundert gefährlichste und die jüngste, gehen in der Nachfolge der zweiten Intifada brisante Mischungsverhältnisse ein. Sie bestätigen ihre jeweiligen historischen Vorgänger und bringen die ihnen innewohnenden Aggressionsanteile ans Licht.

Jede Gesellschaft weist ein gewisses Maß an frei flottierenden Gewaltpotenzialen auf. Je stärker diese Gesellschaften integriert sind, desto schwächer fallen diese Potenziale aus. Modernisieren sie sich, öffnen sich Flanken der Unsicherheit, in die Gewalt hineinstoßen kann. Je schneller das Tempo der Modernisierung ansteigt, desto größer wird der Bedarf, die innere Stabilität auszubalancieren. Die Entwicklung sich modernisierender Gesellschaften wird dann von zerstörerischer Gewalt angefallen, wenn ihre Kräfte schwinden, die Demokratie immer wieder neu als Form der universellen Selbstregierung zu entdecken und zu stärken. Setzen sich im Innern sich modernisierender Gesellschaften organisierte Gruppen fest, die der Demokratie ihren universellen Charakter rauben wollen, dann ist ihre humane Zukunft aufs Äußerste gefährdet. Jene Form des Islamismus, die sich die westliche Lebensart zu ihrer Todfeindin stilisiert hat, verwirkt den Anspruch auf Toleranz.

Die historisch älteren Formen des Antisemitismus konnten im rechten Extremismus lokalisiert werden. Die Sozialdemokratie und die demokratische Linke kämpften, seit es sie gibt, überall im OSZE-Raum gegen den Antisemitismus. Für Freiheit, für Gleichheit, für Brüderlichkeit – das hieß auch: Die Jagd auf Menschen soll beendet werden. Noch in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts hoffte die Sozialistische Internationale, sie werde einer Kultur den Weg ebnen, die niemanden mehr erdrückt. Im Zeitalter der Extreme wurde diese Hoffnung erstickt. Die Gefahr der neuen Formen des Antisemitismus ist auch von Gruppen der Linken nicht rasch genug erkannt worden. Michael Lerner spricht vom „*socialism of fools*“, von dem Teil der Linken, der in die Irre geht, weil er den Terrorismus der Palästinenser mit Freiheitskampf verwechselt. Die wirkliche Auseinandersetzung mit dem neuen alten Antisemitismus steht uns noch bevor. Sie wird das Fundament der Demokratien berühren, auf dem die Institutionen des Zusammenlebens der europäischen Gesellschaften stehen. Wir müssen neue Antworten finden auf die Frage, ob unsere Kräfte ausreichen werden, damit wir die Globalisierung positiv gestalten. Und: Welche Kräfte können wir neu dafür mobilisieren, damit die Modernisierung unserer Gesellschaften gelingt? Schließlich: Wird unser Vorrat an Toleranz hinreichen, den gegenläufigen kulturellen Lebensentwürfen Räume zu öffnen, in denen sie sich entfalten können? Ist uns wirklich bewusst, was Gesellschaften brauchen, die zukunftsfest bleiben wollen: eine neue Politik der kulturellen und sozialen Anerkennung? Eine, die den Mut

zur Integration immer neu aufbringt? Dabei darf Toleranz nicht auf eine passive Rolle verkürzt werden.

Integration versus Fremdenhass

Mehr noch: Die kulturellen Ansprüche dürfen nicht jeweils beziehungslos nebeneinander stehen. Das wäre missverstandene Multikulturalität. Toleranz muss aktiv werden. Das Andere in den Kulturen will ich in seinem eigenen Wert erkennen, weil ich nur so das Gefängnis der Identität verlassen kann. Wer Modernität will, wird den Irrtum hinter sich lassen, die Identität der Person sei gebunden an den Ort der Herkunft. Globalität heißt: Wir leben in einer zivilisatorischen Gemeinschaft der Gemeinschaften der Zivilisationen. Die Mauern, die die kleine Welt geschützt haben, werden abgetragen. Die Grenzen werden durchsichtig. Der Andere wird präsent in meinem Leben und in meinen Gefühlen. Solange er von mir getrennt war, konnte ich ihn ignorieren, wenn ich ihn nicht ablehnen wollte. Der Fremde aber ist der, der heute kommt und morgen bleibt. Der Hass auf ihn ist der Zwilling Bruder des Hasses auf mich selbst. Dem Hass erliegt, wer selbst gedemütigt worden ist. Der dem Zwang erlegen ist, seine Identität immerfort zu reinigen. Der nicht wahrhaben will, wie reich seine Identität wird, wenn er sie über die Schranken der Nation hinaus öffnet, bis er die Grenzen der Identität zum Band der Solidarität aufschließt, das alle Menschen miteinander verbindet.

Deutschland war immer ein Einwanderungsland, wie alle Länder der EU es waren und künftig noch ausgeprägter sein werden. Die westlichsten Staaten der OSZE, die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada, sind erst durch die Einwanderer geworden, was sie heute sind. Die östlichen Mitglieder der OSZE haben ihre Erfahrungen mit Einwanderung gemacht. Der OSZE-Raum ist geprägt durch den imperialen Gestus von erobernden Einwanderern. Der seltene Fall der Einladung durch den territorialen Grundherrn durchbricht die historische Regel.

Die jüngste Form der Zuwanderung allerdings ist politisch gesteuert. Die generativen Defizite der westeuropäischen Gesellschaften sollen ausgeglichen werden. Seit einigen Jahren sind Menschen mit einem kulturellen Selbstverständnis gerufen worden, das bei uns als neu empfunden wird. Sie wollen kulturell, sozial und politisch anerkannt werden. Bemühen wir uns wirklich, sie in unsere Mitte aufzunehmen? Die Antwort auf diese Frage entscheidet darüber, ob unsere Gesellschaften zukunftsfähig sind. Strengen wir uns nicht stärker an, dann scheitern wir am wachsenden Grundproblem moderner Gesellschaften, an ihrer Fähigkeit zu erfolgreicher Integration. Eine große Gefahr kommt auf uns zu, wenn alle, die um gesellschaftliche Anerkennung kämpfen, sich plötzlich zusammenfinden und alles Leid, das sie empfinden, einem anlasten, weil er einer Minderheit angehört – so könnte die alte Lüge neu erfunden werden, die Juden seien an allem schuld.

Der Antisemitismus ist unser Problem, in allen Staaten der OSZE. Er sucht jede Schranke zu durchbrechen: Anstand, Glauben, Zivilisation. Seine Gewalt trifft uns alle: Juden und Christen und Muslime. Seine teuflischste Ausgeburt ist der Terrorismus. Er reißt alle Grenzen nieder. Sein Ziel ist es, die Menschlichkeit auszulöschen. Seine akute und aktuelle Gefährlichkeit bezieht er aus den Ambivalenzen, die den gesellschaftlichen Konfliktlagen sich beschleunigender Modernisierungsprozesse entspringen. Dort, wo prämoderne kulturelle Verhaltensdispositive sich an vermeintlichen traditionellen Gewissheiten versteifen, sich gegen fließende und sich verflüssigende Modernitätsansprüche zu retten versuchen, wo eine neue Balance kollidierender Wertekonstellationen nicht gefunden wurde, haben rückwärtsgewandte Utopien eine Chance. In solchen prekären Phasen der Transformation können Komplexität reduzierende Identitätskonzepte ihren Platz behaupten. Werden sie ideologisch aufgeladen, können sie die ihnen innewohnenden Gewaltpotenziale zuspitzen und gegen andere, ebenfalls Komplexität reduzierende Identitätskonzepte aggressiv in Stellung bringen. Die Frontlinien verlaufen dann jedoch nicht, wie Samuel P. Huntington zu behaupten versucht, in großformatigen territorialen Konfigurationen, sondern innerhalb der Gesellschaften selbst. Reduzierte Identitätskonzepte müssen sich ihre Feinde suchen, weil sie ihre Austauschverhältnisse dem Irrtum unterwerfen, das Gegenüber der anderen reduzierten Identität suche das Eigene zu zerstören. Die einfachste Form der Reduktion ist die Ethnizität. Sie unterwirft allen in ihr eingeschlossenen dem immer währenden Zwang, sich ethnisch zu reinigen. Schließlich öffnen sich alle Schleusen, die Gewalt zuvor noch eindämmen konnten. Dort also, wo sich lokal lineare Identität festzukrallen sucht, um dem vermeintlichen Ansturm universeller Modernität zu trotzen, und eine minoritäre Identität zum Feind zu stilisieren vermag, droht dem Zusammenleben höchste Gefahr. Sie kann nur gebannt werden, wenn universell geltende Werte neu verhandelt werden. Prozedural muss Fairness für alle Beteiligten gewährleistet sein, damit sie sich das Ergebnis der Verhandlungen zu Eigen machen.

Die jeweiligen Kontexte werden variieren, die Inhalte der Werte müssen in jedem Fall mit dem Horizont der aufgeklärten Moderne verbunden bleiben. Sonst gäbe okzidentales Denken sich selbst auf.

Insofern bleiben die Prozesse, die zur gesellschaftlichen Selbstverständigung führen, unverrückbar der Moderne eingeschrieben. Die Intensität der Arbeit an der Integration jedoch nimmt zu. Ohne eine fest gefügte Basis des gegenseitigen Respekts, der wechselseitig sich zu bestätigenden aktiven Toleranz kann Integration nicht gelingen. Sie wird allen Gesellschaften in der OSZE viel abverlangen. Sie können – jeweils einzeln oder in ihrer Gesamtheit – daran zu Grunde gehen. Aber sie können einzeln oder in ihrer Gesamtheit voneinander und miteinander lernen, wie die bevorstehenden Konflikte bearbeitet und bewältigt werden können.

Vorbereitung auf die Berliner Antisemitismuskonferenz

Die OSZE hat eine einzigartige Chance. Sie kann die in ihrem Raum bestehenden Probleme identifizieren und sie in ihrer Relevanz gewichten. Die OSZE-Teilnehmerstaaten können sich danach gegenseitig dazu verpflichten, sie zu bearbeiten. Sie tauschen zuvor ihre unterschiedlichen Wahrnehmungen aus und formulieren in zeitaufwendigen multilateralen Verhandlungen jenen Konsens, der mithilft, das jeweilige Problem anzugehen. Bevor jedoch ein Problem als ein zu bearbeitendes erkannt wird, muss das Bewusstsein entsprechend politisch geschärft werden. So war dann auch im Fall des Kampfes gegen den Antisemitismus erst ein Vorlauf notwendig, bis die OSZE sich dieses Themas angenommen hat.

Gesellschaftliche Brisanz haben neue Formen des Antisemitismus in der Folge der zweiten Intifada gewonnen. In einer Reihe westlicher OSZE-Teilnehmerstaaten spitzten sich Ereignisse zu, die als eindeutig antisemitisch zu bewerten waren: in Deutschland, Frankreich, im Vereinigten Königreich, in den Niederlanden, Belgien und in Griechenland. Ältere Formen des Antisemitismus rückten in Ungarn, Polen, in der Ukraine und in Russland in die öffentliche Wahrnehmung. Die alarmierende Häufung der Ereignisse erreichte zunächst Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Sie nehmen die tektonischen Verschiebungen, die sich innerhalb ihrer Gesellschaften vollziehen, häufig rascher wahr. Im Vorfeld der Berliner Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE im Jahr 2002 verständigten sich die nationalen Delegationen der USA und Deutschlands darauf, dass der Kampf gegen den Antisemitismus innerhalb der OSZE aufgenommen werden müsse. Am Rande der Jahrestagung fand auf Einladung des US-Kongressabgeordneten Christopher Smith und des Bundestagsabgeordneten Gert Weisskirchen eine Diskussionsveranstaltung statt, die das weitere Vorgehen festzulegen suchte.

Nachdem sich die Parlamentarische Versammlung der OSZE in Berlin in ihrem Beschluss zum gemeinsamen Kampf gegen den Antisemitismus bekannt hatte, wurde alles daran gesetzt, die gouvernementale Ebene davon zu überzeugen, alle Kräfte gemeinsam auf dieses Ziel zu konzentrieren. Auf beiden Ebenen, der parlamentarischen wie der gouvernementalen, waren erhebliche Widerstände zu überwinden. In Deutschland herrschte zunächst die Sorge, man könne auf die Anklagebank geraten, eine Sorge, die von vielen Teilnehmerstaaten geteilt wurde. Häufig war das Argument zu hören, der Kampf gegen den Antisemitismus sei der nationalen Souveränität vorbehalten. Im Übrigen könne man durch seine öffentliche Thematisierung den Antisemitismus gerade erst herbeireden. Übrig blieb am Ende der Versuch, das Thema abzuwehren, weil seine Behandlung geradewegs dazu führe, einen kruden „Antisemitismus“ zu provozieren.

Nachdem jedoch die USA auf dem Ministerratstreffen der OSZE in Porto gemeinsam mit Deutschland eine Kompromissformel gefunden hatten, war

das Eis gebrochen. Auf zwei Wiener Konferenzen diskutierten im Jahr 2003 Vertreter der Regierungen ein dichtes Bündel von Themen, die eine inhaltliche Basis für die Berliner Konferenz 2004 schufen. Zu der Konferenz hatte die Bundesregierung die OSZE eingeladen und damit Fakten geschaffen, denen sich andere Teilnehmerstaaten nicht entziehen konnten.

Am Anfang stand der aufkeimende Antisemitismus in seiner neuen alten Form. Parlamentarier waren davon alarmiert und hatten die Regierungen dafür gewonnen, gemeinsam etwas dagegen zu unternehmen. Bereits in der Vorbereitung zur Berliner Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung hatten Christopher Smith und Gert Weisskirchen die enge Kooperation mit nichtstaatlichen Organisationen gesucht. Diese sollten von nun an ein entscheidendes strategisches Zwischenstück zwischen der staatlichen, der parlamentarischen und der gesellschaftlichen Ebene darstellen.

Der Kampf gegen den Antisemitismus kann am besten gewonnen werden, wenn die Immunkräfte der Gesellschaft stark genug sind, seinen Angriff abzuwehren. Schließlich ist es die Zivilcourage des Einzelnen, die darüber entscheidet, ob eine Gewalthandlung vor Ort unterbunden wird. In dem Augenblick, in dem die Gefahr aufblitzt, dass Gewalt explodiert, müssen Einzelne aufstehen und denen in den Arm fallen, die zum Einsatz von Gewalt bereit sind. Gewiss muss der Staat den nötigen Rahmen setzen, damit Zivilcourage gefördert wird. Der Staat muss auch Rechtsakte setzen, damit der Antisemitismus in all seinen Formen verurteilt wird. Darüber hinaus trägt er Verantwortung für das politische Klima – ob es offen bleibt für das faire Aushandeln von gesellschaftlichen Konflikten oder ob Minderheiten an den Rand gedrängt werden.

Die Aufgabe der Zivilgesellschaft wiederum ist es, das öffentliche Bewusstsein wach zu halten und zu schärfen. Sie soll lokale Konflikte genau beobachten, mögliche Trendänderungen wahrnehmen und Frühwarnungen abgeben.

Parlamente ihrerseits können zwischen der lokalen, der regionalen, der zentralen und, wie im Fall der OSZE, der transnationalen Ebene vermitteln. Dabei haben sie ein großes Maß an Freiheit, eigenständig zu handeln, verfügen über weitgehende Kontrollbefugnisse und können gemeinsam mit der zuständigen Regierung und der entsprechenden Zivilgesellschaft eine politische Agenda setzen, die deren jeweilige Leistungsfähigkeit optimiert.

Im Zusammenwirken dieser drei Ebenen sind ihre verschiedenen Rollen strikt zu beachten. Die Autonomie der Zivilgesellschaft darf politisch nicht vereinnahmt werden. Das ist nicht allein aus funktionalen Gründen erforderlich. Für zivilgesellschaftliche Gruppen ist es unerlässlich, sich die Fähigkeit zur Kritik zu bewahren.

Die gouvernementale oder die parlamentarische Ebene kann ermüden oder Gefahr laufen, in der konsensorientierten Maschinerie der OSZE Inhalte preiszugeben, was den Kampf gegen den Antisemitismus schwächen würde.

Der Vorlauf zur Berliner OSZE-Konferenz 2004, ihre Vorbereitung, ihr Verlauf und die Ergebnisse lassen hoffen, dass der Kampf gegen den Antisemitismus im OSZE-Raum leichter gewonnen werden kann als wenn sie nicht stattgefunden hätte. Eine endgültige Bewertung steht noch aus. Und doch kann festgehalten werden: Form und Inhalt der Konferenz haben überzeugt.

Die Konferenz

Im Beschluss des Ministerrats von Maastricht über „Toleranz und Nichtdiskriminierung“ vom Dezember 2003 heißt es, die OSZE „beschließt, die auf der OSZE-Antisemitismuskonferenz am 19. und 20. Juni 2003 in Wien begonnene Arbeit fortzuführen, und begrüßt das Angebot Deutschlands, am 28. und 29. April 2004 in Berlin eine zweite OSZE-Konferenz zu diesem Thema abzuhalten“.²

Zögerlich zunächst, bis zu Beginn der Konferenz dann aber mit wachsender Nachfrage setzte der Andrang auf die Veranstaltung ein. Weit über 600 Teilnehmer aus Regierungen, Parlamenten, internationalen und nichtstaatlichen Organisationen legten Zeugnis davon ab, welchen Rang das Thema inzwischen einnahm. Das spiegelte schon die Tatsache wider, dass neben dem Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, Bulgariens Außenminister Solomon Passy, und dem deutschen Außenminister Joschka Fischer als Gastgeber auch US-Außenminister Colin Powell und eine Reihe weiterer Außenminister zu den Delegierten sprachen. Der israelische Staatspräsident Mosche Katzav nutzte die Konferenz zu einem Deutschlandbesuch.

Eingeleitet wurde die Konferenz mit Reden von Simone Veil, Paul Spiegel, Max Jacobson und Elie Wiesel. Eindrucksvoll schlugen sie einen Ton der Ernsthaftigkeit an, der wie ein Generalbass durch die beiden Tage zog und im Schlussakkord von Bundeskanzler Gerhard Schröder aufgenommen wurde. Anlässlich des Empfangs der Delegierten im Bundeskanzleramt hob er als die zentrale Botschaft der Konferenz hervor: „Antisemitismus bedroht die Demokratie.“ Bundespräsident Johannes Rau zog auf der Konferenz eine persönliche Bilanz seiner Präsidentschaft. Sein gesamtes politisches Wirken solle als Arbeit an der Versöhnung verstanden werden. Darüber hinaus nahm er zu einer aktuellen Kontroverse Stellung. Kritik am israelischen Regierungshandeln sei erlaubt, wenn sie fair und offen bliebe, „aber man sollte sich nach meiner Überzeugung sehr um eine angemessene Form bemühen“.³ Alte Stereotypen dürften sich nicht wieder „verfestigen oder gar neu bilden“.

2 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Elftes Treffen des Ministerrats, 1. und 2. Dezember 2003, MC.DOC/1/03, 2. Dezember 2003, Beschluss Nr. 4/03, Toleranz und Nichtdiskriminierung (MC.DEC/4/03), S. 83-85, hier: S. 84, unter: <http://www.osce.org>.

3 Rede von Bundespräsident Johannes Rau bei der Eröffnung der Antisemitismus-Konferenz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa am 28. April 2004 in Berlin, unter: <http://www.bundesregierung.de/Reden>.

Menschenwürde und Menschenrechte in Verfassungen festzuschreiben genüge nicht. Stets müssten sie neu erklärt und den Nachwachsenden begründet, vermittelt und vorgelebt werden. „Gelegentlich muss man sie auch wieder neu erkämpfen. Dafür brauchen wir das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger.“⁴

In vier Sitzungen, die von Plenarversammlungen zu Beginn und am Ende der Konferenz eingerahmt waren, wurde an den zentralen Themen der Konferenz gearbeitet. Die vier Sitzungen wurden von Workshops, die spezielle Themen berieten, begleitet.

(1) Sitzung 1 debattierte über legislative und institutionelle Mechanismen sowie Handlungsmöglichkeiten von Regierungen, einschließlich der Strafverfolgung. Delegierte präsentierten aus ihrer Sicht Beispiele bewährter Praktiken und forderten dazu auf, eine umfassende Strategie zu entwickeln, in die die unterschiedlichen Ansätze zur Bekämpfung des Antisemitismus eingepasst werden sollten. Gesetze gegen Hassdelikte („*hate crime*“) seien darin ein unverzichtbares Element. Alle Akteure seien in die Formulierung einer solchen Strategie einzubeziehen: der Staat und Vertreter der Gesellschaft; Repräsentanten aus dem Bildungswesen, den Medien und den Kirchen seien besonders aufgerufen. Die spanische Delegation setzte einen besonderen Akzent mit ihrem Vorschlag, im Frühjahr 2005 zur nächsten OSZE-Antisemitismuskonferenz nach Cordoba einzuladen, sollte das Ministerratstreffen der OSZE im Dezember 2004 eine Folgekonferenz beschließen.

(2) Sitzung 2 arbeitete die Rolle von Regierungen und Zivilgesellschaften bei der Förderung von Toleranz heraus. Zu Beginn betonten verschiedene Delegierte, dass Intoleranz auch ein Ergebnis des Verlusts der Erinnerung an die Gräueltaten des Holocaust sei. Die Erinnerung an den Holocaust sollte uns lehren, wachsam zu sein, auch deshalb, damit wir ständig handlungsfähig bleiben. Denn Antisemitismus trete immer wieder neu auf. Deshalb sei auch der Kampf gegen den Antisemitismus ein Teil des Kampfes gegen Intoleranz in jeder Form. Regierungen und Zivilgesellschaften müssten einander gegenüber offen sein und der Verharmlosung, Antisemitismus sei ein unvermeidlicher Nebeneffekt interethnischer Konflikte, entgegentreten. Toleranz und Hass wurden als erlerntes Verhalten beschrieben. Deshalb seien Bildung und Erziehung so entscheidend. Andere Kulturen zu kennen und ihnen mit Respekt zu begegnen, müsse in allen Schulen gelehrt werden. Die OSZE müsse ihre Instrumente, insbesondere das BDIMR, den HKNM und den Medienbeauftragten, gezielter zur Bekämpfung des Antisemitismus einsetzen; das BDIMR solle die Staaten dabei unterstützen, systematisch Daten über Hassdelikte zu sammeln, den Dialog zu fördern und den Parlamenten Informationen zu politischem Handeln anzubieten. Darüber hinaus forderte ein Delegierter, dass die OSZE das Amt eines Hohen Repräsentanten zur Intensivierung des Kampfes gegen den Antisemitismus einrichten solle.

4 Ebenda.

(3) Sitzung 3 befasste sich mit der Rolle von Bildung und Erziehung. Die Diskussionsteilnehmer stimmten darin überein, dass der Lehrerausbildung mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse, da eine qualitativ hochwertige Erziehung zur Bekämpfung des Antisemitismus eine höhere Qualität des Unterrichts voraussetze. Ebenso notwendig sei es, Forschung intensiver zu fördern, damit die Schulbildung über den Holocaust verbessert wird. Dafür seien spezifische Lehrpläne und die Überprüfung der Schulbücher auf antisemitische Inhalte erforderlich. Die Religionsgemeinschaften wurden aufgefordert, den interreligiösen Dialog zu forcieren und gemeinsam auf die gegenseitige Anerkennung aller Kulturen hinzuarbeiten. Die Bedeutung der Zivilgesellschaft bei der Erziehung zur Bekämpfung des Antisemitismus wurde unterstrichen. Unterschiedliche zivilgesellschaftliche Gruppen könnten erheblich dazu beitragen, auf lokaler Ebene ein Klima des gegenseitigen Respekts zu schaffen. In diesem Zusammenhang wurde auch auf die herausragende Bedeutung der Medien verwiesen. In manchen OSZE-Teilnehmerstaaten, in denen arabische Fernsehsender empfangen werden können, führten deren von antiisraelischen Vorurteilen geprägte Programme zu einem Wiederaufleben von Antisemitismus. Ein wesentliches Ergebnis war, dass die Lehrer selbst immer neu lernen sollten, wie Vorurteile entstehen und wie sie am besten bei ihrer Entstehung bekämpft werden können.

(4) Sitzung 4 befasste sich mit der Rolle der Medien bei der Verbreitung und der Bekämpfung von Vorurteilen. Antisemitismus kann durch Medien „industrialisiert“ werden. Werden Informationen durch Massenmedien reißerisch aufbereitet, können sie Gewaltbereitschaft fördern. Journalisten und Herausgeber sollten einen „Verhaltenskodex“ zur verantwortungsbewussten Darstellung von Ereignissen erarbeiten. Medienorganisationen sollten Journalisten, die für Minderheitengemeinschaften schreiben, professionelle Ausbildungsmöglichkeiten anbieten. Der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit sollte dazu ermutigt werden, auch weiterhin Toleranz aktiv zu fördern. Zivilgesellschaftliche Gruppen sollen künftig das Internet häufiger nutzen, um Informationen gegen den Antisemitismus wirkungsvoller zu platzieren. Der kritische Umgang mit Medien muss in Bildung und Erziehung erworben werden. Jugendliche müssen ermutigt werden, Inhalte von Massenmedien zu überprüfen und sich gegen Missbräuche zur Wehr zu setzen.

(5) Die Schlussitzung bilanzierte den Ertrag der Konferenz. Sie bestätigte die Verantwortung und die Verpflichtung der Delegationen, den Kampf gegen den Antisemitismus auch nach der Konferenz aktiv fortzusetzen. Zur Rolle der Regierungen, der Parlamente, der Zivilgesellschaften und der OSZE-Institutionen wurden praktische Vorschläge erörtert. Es sollten Netzwerke aufgebaut werden, damit die entsprechenden Stellen effektiver zusammenarbeiten können; so sollte z.B. das BDIMR eng mit Institutionen wie ECRI und EUMC, die sich ebenfalls mit der Sammlung von Daten befassen, kooperieren.

Solomon Passy fasste die Ergebnisse der Konferenz in der „Berliner Erklärung der OSZE“ zusammen. In ihr heißt es:

„[...] in der Erkenntnis, dass der Antisemitismus nach seiner vernichtendsten Ausprägung im Holocaust nun unter neuen Erscheinungs- und Ausdrucksformen auftritt, die gemeinsam mit anderen Formen der Intoleranz eine Bedrohung der Demokratie, der Werte der Zivilisation und somit der Sicherheit insgesamt in der OSZE-Region und darüber hinaus darstellen, insbesondere besorgt darüber, dass diese Feindseligkeit gegenüber Juden – als Einzelpersonen oder in ihrer Gesamtheit – aus rassistischen, sozialen und/oder religiösen Gründen sich in verbalen und physischen Angriffen und in der Schändung von Synagogen und Friedhöfen äußert,

1. verurteilen [die OSZE-Teilnehmerstaaten] vorbehaltlos alle Erscheinungsformen des Antisemitismus und alle anderen gegen Personen oder Gemeinschaften gerichteten Akte von Intoleranz, Hetze, Übergriffen oder Gewalt aufgrund ihrer ethnischen Herkunft oder ihrer religiösen Überzeugung, wo immer sie vorkommen;
2. verurteilen [sie] ferner alle durch Antisemitismus oder irgendwelche anderen Formen von Hass oder Intoleranz aus religiösen oder rassistischen Gründen motivierten Angriffe, darunter Anschläge gegen Synagogen und andere religiöse Plätze, Stätten und Heiligtümer;
3. erklären [sie] unmissverständlich, dass internationale Entwicklungen oder politische Fragen, darunter auch jene in Israel oder andernorts im Nahen Osten, niemals eine Rechtfertigung für Antisemitismus sind.

Darüber hinaus halte ich fest, dass der Ministerrat von Maastricht in seinem Beschluss über Toleranz und Nichtdiskriminierung den Ständigen Rat beauftragt hat, ‚weiter Mittel und Wege zu erörtern, wie die OSZE und die Teilnehmerstaaten Toleranz und Nichtdiskriminierung in allen Bereichen noch nachhaltiger fördern können‘ [...]

1. Die OSZE-Teilnehmerstaaten verpflichten sich,
 - danach zu trachten, dass ihre Rechtsordnung für ein sicheres Umfeld sorgt, in dem alle Lebensbereiche frei von antisemitischen Übergriffen und frei von antisemitischer Gewalt und Diskriminierung sind;
 - [...] erzieherische Programme zur Bekämpfung des Antisemitismus zu fördern;
 - die Erinnerung an die Tragödie des Holocaust wach zu halten, gegebenenfalls deren Vermittlung im Unterricht zu fördern und sich für die Achtung aller ethnischen und religiösen Gruppen einzusetzen;

- gegen Hassdelikte vorzugehen, zu denen durch rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Propaganda in den Medien und im Internet angestiftet werden kann;
 - zu diesbezüglichen Bemühungen internationaler Organisationen und NROs zu ermutigen und diese zu unterstützen;
 - verlässliche Informationen [...] zusammenzutragen und auf dem neuesten Stand zu halten [...] regelmäßig an das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) weiterzuleiten und öffentlich zugänglich zu machen [...]
 - mit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zusammenzuarbeiten, um Verfahren zur regelmäßigen Prüfung des Problems Antisemitismus festzulegen;
 - zur Entwicklung eines Informationsaustauschs zwischen Experten in geeigneten Foren über bewährte Praktiken und Erfahrungen bei der Strafverfolgung und bei erzieherischen Maßnahmen zu ermutigen.
2. Sie beauftragen das BDIMR,
- in uneingeschränkter Zusammenarbeit mit anderen OSZE-Institutionen sowie mit dem Ausschuss der Vereinten Nationen für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (UNCERD), der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI), der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) und anderen einschlägigen internationalen Institutionen und NROs antisemitische Vorfälle im OSZE-Raum genau zu verfolgen und dafür alle verfügbaren verlässlichen Informationen heranzuziehen;
 - über seine Erkenntnisse dem Ständigen Rat und dem Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension Bericht zu erstatten und diese Erkenntnisse zu veröffentlichen.
 - Diese Berichte sollten auch bei Entscheidungen über Prioritäten für die Arbeit der OSZE auf dem Gebiet der Intoleranz berücksichtigt werden;
 - im gesamten OSZE-Raum Informationen über bewährte Praktiken zur Verhütung und Bekämpfung des Antisemitismus systematisch zu sammeln und zu verbreiten und die Teilnehmerstaaten auf Ersuchen bei ihren Bemühungen im Kampf gegen den Antisemitismus zu beraten.”

Mit der „Berliner Erklärung“ und den Ergebnissen der OSZE-Konferenz vom April 2004 haben sich die Teilnehmerstaaten eine verlässliche Grundlage für den Kampf gegen den Antisemitismus geschaffen. Gelingt es dem OSZE-Ministerrat im Dezember 2004, diesen Erfolg in einen präzisen Aktionsplan umzusetzen, der die Mitglieder auf überprüfbare Verhaltensnormen festlegt, dann werden die Instrumente in diesem Kampf sowie ihr Einsatz optimiert. An einem Kriterium kann gemessen werden, ob der Erfolg auch in die Zukunft trägt: Gelingt es, den Posten eines Hohen Repräsentanten zu schaffen,

der im OSZE-Raum weitgehend unabhängig antisemitische Vorfälle untersuchen kann und in den Stand versetzt wird, eine angemessene Politik voranzutreiben, dann ist der entscheidende Schritt getan.

Schlussfolgerungen

Um den Antisemitismus im OSZE-Raum zu besiegen, bedarf es einer großen gemeinsamen Anstrengung der Staaten und der internationalen Organisationen, der Zivilgesellschaften und der Parlamente. Sie haben sich im April 2004 auf Initiative der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zusammengefunden. Das Ziel der gemeinsamen Anstrengung ist es, antisemitische Vorurteile gesellschaftlich zu ächten. Dieses Ziel zu erreichen kann am ehesten gelingen, wenn gesellschaftliche und politische Akteure gemeinsam handeln. Dazu haben die Berliner Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und die Berliner OSZE-Konferenz der Regierungen ihren Beitrag geleistet. Zivilgesellschaftliche Gruppen waren aktiv an diesen Konferenzen beteiligt und haben sie inhaltlich mitbestimmt.

Weil Demokratien stärker sind, werden am Ende der Antisemitismus und mit ihm die Intoleranz unterliegen, weil die Kräfte der Toleranz den Vorurteilen überlegen sind.

Hannah Arendt hat dem Bösen ins Gesicht gesehen. Es war das Gesicht von Eichmann. Und sie war erschreckt über das, was sie erkannte: Das Böse war in die Gestalt des Banalen geschlüpft. Und so beginnt das Böse: banal. Jeder kann auf der Todesliste stehen. Und dann wird gemordet: der Mensch, die Zivilisation, die Demokratie.

Den Kampf gegen den Antisemitismus führen wir nicht allein, um Menschen jüdischen Glaubens zu schützen. Wir führen diesen Kampf auch, weil wir uns selbst vor einem neuen Absturz in die Barbarei schützen wollen. Demokratie aber ist stärker als der Hass. Denn: „Politik ist die angewandte Liebe zum Leben.“ (Hannah Arendt)